

Rickenbach: Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen Luzern mit Parolenfassung zur Abstimmung vom 18. Mai

# «Es geht nicht um Leben und Tod, es geht um ein Gesetz»

Überdeutliches Nein zur Änderung des Spitalgesetzes: An der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen Luzern im Kubus Rickenbach vom Montagabend, 7. April, fand eine Podiumsdiskussion statt. 146 von 180 Delegierten legten einen «Nein»-Zettel in den Kasten.

Ursula Koch-Egli

Draussen, am Eingang zum Kubus, verteilen die Jungfreisinnigen Flyer an die Leute. «Es kann nicht sein, dass unsere Partei dieses Gesetz annimmt!», sagen sie engagiert. Im Eingangsbereich der Halle wird man von Racletteduft und Schriftzügen willkommen geheissen. «Wir machen Zukunft», steht da geschrieben, «Wir machen Luzern stark».

Blau in Hellblau die Deko im Saal, vom Tischtuch bis zum Kugelschreiber zeigt die Partei Farbe, deren Delegiertenversammlung heute Abend im Kubus stattfindet. Imbiess und munteres Begrüssen allerseits, über die Grossleinwand flackert Motocross, Blasmusik und Rickenbacher Landschaftsidylle. Rickenbach ist heute Gastgebergemeinde und heisst die Ortsparteidelegierten aus dem ganzen Kanton willkommen. Am Eingang ein Tisch mit Stimmkarten und Abstimmungszetteln, fünf Reihen, fünf Wahlkreise.

## «Es muss ins Gesetz! Jetzt will man Sicherheit.»

Pro: Kinderarzt und SVP-Kantonsrat Bernhard Steiner

### Pro- und Kontravertretung

Am 18. Mai 2025 stimmt die Bevölkerung des Kantons Luzern über die Änderung des Spitalgesetzes ab, welche vergangenes Jahr vom Kantonsrat beschlossen wurde und gegen die die Grünliberale Partei das Referendum ergriffen hat. Die FDP.Die Liberalen Luzern wird an diesem Abend ihre Parole dazu beschliessen, ein Podiumsgespräch mit je zwei Pro- und Kontravertretungen soll die Brennpunkte ausleuchten. «Es dürfte spannend werden! So viele haben verschiedene Meinungen», meint ein Beobachter am Tisch. Angereist aus den fünf Wahlkreisen Luzern-Stadt, Luzern-Land, Entlebuch, Hochdorf, Sursee und Willisau sind an dem frühlinghaften Montagabend insgesamt 180 Delegierte. Die Rickenbacher Parteiangehörigen sind mit Küche, Ausschank und Organisation umtrieben und die Gäste haben mittlerweile an den Tischen Platz genommen. Gemeindepräsident Adrian Häfeli macht



Meinungsabtausch zwischen Pro und Kontra Spitalgesetz: Raphael Prinz moderierte das Podiumsgespräch.

Bilder: uke

die letzten Checks. Alles bereit. Angenehme Anspannung im Raum.

### Gefahr oder Gelegenheit?

Parteivizepräsident Andreas Bärtschi begrüsst die Versammlung, speziell FDP-Nationalrat und LUKS Verwaltungsrat Peter Schilliger, der etwas später dazustossen wird. Man befindet sich in turbulenten Zeiten, eröffnet er im Hinblick auf die Weltlage und leitet philosophisch über zum Thema. Für das Wort «Krise» gebe es im Chinesischen zwei Schriftzeichen. Das eine bedeute «Gefahr», das andere «Gelegenheit». Seit 2013 befindet man sich bezüglich des Luzerner Kantonsspitals in einem Hin und Her. Ob das neue Gesetz eher Gefahr oder Gelegenheit berge, werde sich heute Abend zeigen.

### Sechs Bereiche ins Gesetz

Änderung des Spitalgesetzes, das heisst: Es soll gesetzlich verankert sein, dass an allen drei LUKS-Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen die Grund- und Notfallversorgung die sechs Bereiche Innere Medizin, Allgemeine Chirurgie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie, Intensivpflege Intermediate Care Unit und interdisziplinäre Notfallstation umfassen muss. «Die sechs Sachen müssen angeboten werden», erklärt Moderator und TV-Korrespondent Raphael Prinz redigiert und frisch, «wollen wir dies im Gesetz festschreiben oder nicht?» Der Meinungsabtausch ist eröffnet.

### Sicherheit versus Vorgaben

Christine Bouvard Marty, ehemalige Gemeindepräsidentin von Schüpfheim und Präsidentin Pro Spital Wolhusen, startet mit einem Pro-Argument: «Das Gesetz bringt Planungssicherheit, Stabilität und neues Vertrauen.» Der Moderator gibt den Ball an die Kontra-Seite zu Riccarda Schaller, GLP-Kantonsrätin und Mitglied der GASK. Sie setzt dagegen: «Das Schlechteste ist, mit engen Vorgaben zu agieren und einem Spital Fesseln anzulegen!» Am Tisch murmelt einer leise: «Ich denke, wir können abstimmen.» Für ihn ist die Sache wohl bereits entschieden. Doch es wird noch über eine Stunde dauern, bis er abstimmen kann.

### Arzt versus Arzt

Auf dem Podium geht die Diskussion weiter. Bernhard Steiner, Kinderarzt und SVP-Kantonsrat, setzt engagiert das nächste Pro, bezieht sich auf die Situation Wolhusen, wo man in den vergangenen Jahren enttäuscht, weil 2019 das versprochene Spital nicht gebaut wurde. «Es muss ins Gesetz! Jetzt will man Sicherheit!» Als ruhiger, aber nicht minder betonter Gegenpol meldet sich Jürg Kälin, ehemaliger Hausarzt aus Zell: «Wieso etwas festnageln, was nicht nötig ist? Es braucht kein Gesetz, sondern gute Zusammenarbeit. Flächendeckende Versorgung beginnt nicht im Spital.» Worauf Bernhard Steiner energisch entgegnet und Situationen nennt rund um brisante Notfälle im Entlebuch.

«Diese Infrastruktur braucht!» Kälin wiederum betont die Wichtigkeit der Hausarztversorgung und so entsteht ein Schlagabtausch Arzt versus Arzt, den Moderator Prinz schliesslich entschärft: «Persönliche Angriffe brauchen wir hier nicht.»

## «Es braucht kein Gesetz, sondern gute Zusammenarbeit.»

Kontra: Jürg Kälin, pensionierter Arzt aus Zell

### Kosten versus Sicherheit

Christine Bouvard Marty setzt ein, Hausärzte seien nur mit einem stationären Angebot effizient, doch Riccarda Schaller kontert, gute Versorgung mache nicht ein Spital aus, sondern gute Fachleute. Steiner holt aus mit Vergleichen von früher, Schaller mit der Überzeugung, dass gute Grundversorgung bestehe, auch ohne das Gesetz. Schliesslich wird die Diskussion geöffnet für das Plenum. Klare Voten Pro und Kontra kommen beidseitig, es geht um Kosten versus Sicherheit, wobei Riccarda Schaller stets mit kompetenten Antworten jedes Argument aussucht. Ein überzeugtes, flammendes Kontra-Votum setzt Lukas Blaser, Präsident Jungfreisinnige Stadt Luzern, und erntet da-

für als Einziger Szenenapplaus. Die Sache gewinnt zunehmend an Tempo, das Barometer steigt gefühlt etwas in Richtung Kontra. Vizepräsident Andreas Bärtschi richtet schliesslich das Wort an die Versammlung und leitet über zur Stimmabgabe: «Denken Sie dran, es geht um ein Gesetz und nicht um Leben und Tod.» Somit ist das Podium geschlossen.

### Matchpause

Hellblaue Stimmzettelchen werden beschriftet und eingesammelt. «Selten war es so ungewiss, wie eine Abstimmung ausgeht», meint der Beobachter am Tisch. Im Saal wird sehr angeregt weiter diskutiert und die Podiumsteilnehmer und Organisatoren werden mit Präsenten verdankt. Man fühlt sich ein wenig wie in der Matchpause nach einem Unentschieden. Vehemente Statements gab es von beiden Seiten. Was wird herauskommen?

### Überdeutliches Resultat

Der Vizepräsident bittet, wieder Platz zu nehmen. Organisatoren tigern herum. Jetzt wird es spannend. Dann verkündet Bärtschi: «146 Nein zu 25 Ja bei 4 Enthaltungen». Deutlich, nein überdeutlich wird die Nein-Parole der FDP.Die Liberalen an diesem Abend gefasst zur Änderung des Spitalgesetzes. Das Resultat in dieser Deutlichkeit, gemessen an der Stimmung zuvor im Saal, lässt doch ein bisschen erstaunen. Entspannung macht sich breit. Und einer am Tisch murmelt leise: «Im Grunde genommen war die ganze Diskussion überflüssig.»

### Ebenso die Vorlage zum Finanzausgleich

Überflüssig oder nicht, Information und Meinungsbildung sind wichtigste Faktoren der Demokratie. Knapp hingegen (88 Nein zu 72 Ja) wird der Antrag der Jungfreisinnigen abgelehnt, als Partei dem Nein-Komitee gegen das Spitalgesetz beizutreten. Selbstverständlich sei jeder frei, sich selbst in einem Komitee zu engagieren, so Bärtschi, der seit letztem Jahr in einem 3er Vize-Präsidium zusammen mit Ruedi Amrein und Eva Forster der FDPLU vorsteht. Über die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich, dem zweiten Punkt auf dem Abstimmungsbüchlein vom 18. Mai – informiert Kantonsrat Damian Hunkeler. Sie wird mit 179 zu einer Stimme angenommen. Die empfohlene Ja-Parole ist auch hier gesetzt. Bis zur Abstimmung dauert es noch fünf Wochen. Man kann ja seinen – hellblauen, orangen oder andersfarbigen – Kugelschreiber schon mal parat machen.



Am Eingang zum Kubus verteilen die Jungfreisinnigen Flyer.



Die Abstimmung zum Finanzausgleich wurde offen geführt.